

Die europäische Sicherheitspolitik in Westafrika

von Christoph Marischka

„Strukturelle Stabilität“

In einer Mitteilung der EU-Kommission von 1996 über das „Thema Konflikte in Afrika“ wird der Begriff „Strukturelle Stabilität“ eingeführt. Als Strukturelle Stabilität wird darin eine Situation definiert, „die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, Demokratie und die Achtung der Menschenrechte beinhaltet, lebensfähige politische Strukturen sowie intakte soziale und ökologische Bedingungen, die im Stande sind, Veränderungen zu handhaben, ohne auf gewalttätige Konfliktaustragung zurückgreifen zu müssen.“¹ Die traditionellen Instrumente der internationalen Gemeinschaft, insbesondere UN-Einsätze zur Friedenssicherung und humanitäre Hilfe hätten sich als kostenintensiv, ineffektiv und manchmal sogar kontraproduktiv für die Herstellung einer stabilen und friedlicheren Ordnung erwiesen.² Durch die Förderung Struktureller Stabilität, insbesondere mit Mitteln der Entwicklungspolitik hingegen, sollten die „Grundursachen gewaltsamer Konflikte“ in Afrika beseitigt werden.³ Wohlgermerkt wurden diese hehren Ziele zu einem Zeitpunkt formuliert, als die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union noch vollkommen zahnlos war, es gab noch keinen Hohen Vertreter für diesen Bereich und noch nicht einmal die erklärte Absicht, gemeinsame Truppen oder „Verteidigungskapazitäten“ aufzubauen. Trotzdem reagierte bereits 1997 der Rat der Außenminister der EU auf das Kommissionspapier mit einer „gemeinsamen Position zur Prävention und Lösung von Konflikten in Afrika“, welche die Möglichkeit militärischer Einsätze mit einschloss.⁴

Weder bei der Förderung von Menschenrechten, noch im Bereich der nachhaltigen Entwicklung wurde die Europäische Union ihren postulierten Zielen auch nur ansatzweise gerecht. Stattdessen verfolgt sie eine Handelspolitik, die den afrikanischen Kontinent ausbluten lässt, eine Diplomatie, welche afrikanische Regionalorganisationen militarisiert und verwendet sie ihre Entwicklungshilfegelder für Militäreinsätze. Anstatt die von ihr durchaus richtig identifizierten Grundursachen gewaltsamer Konflikte zu beseitigen, verschärft sie diese und setzt sie zu deren Eindämmung auf militärische Interventionen und den Export von Staatlichkeit, die sich auf den Sicherheitssektor - Militär, Polizei, Grenzschutz, Geheimdienste usw. - fokussiert. Dies soll anhand der EU-Politik gegenüber Westafrika im Folgenden dargestellt werden.

Die Ausplünderung Westafrikas

Bereits während der Verhandlungen zum neuen Seerechtsübereinkommen in den 1970er Jahren deutete sich an, dass die Staaten künftig eine Ausschließliche Wirtschaftszone bis zu 200 Seemeilen vor ihrer eigenen Küste beanspruchen durften. Dies wirkte als Antriebsmotor einer gemeinsamen Fischereipolitik der Europäischen Gemeinschaften, da die EG-Staaten davon ausgingen, gemeinsam bessere Ergebnisse bei der Aushandlung neuer Fischereirechte zu erzielen. Im Rahmen der Strukturpolitik der EG wurden überdies Gelder bereitgestellt, um die europäische Fischfangflotte sowie die Fisch verarbeitende Industrie auszubauen und zu modernisieren und die traditionellen Fischer zu subventionieren, deren Lage sich durch den industriellen Fischfang auf hoher See deutlich verschlechterte. Die EU-Fischfangflotte umfasste so bald etwa 90.000 Schiffe, welche die europäischen Gewässer überfischten. Ihr Ertrag sank etwa zwischen 1995 und 2005 im Mittelmeer und im Nordostatlantik - den EU-eigenen Fischereigebieten - um fast ein Drittel. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der vor Westafrika gefangenen Fische an der europäischen Gesamtproduktion von 6,84 % auf 8,59 %.⁵ Die EU handelt Fischereiabkommen mit Entwicklungsländern aus und kauft diesen Lizenzen für Fangquoten ab, die sie zu billigeren Preisen an europäische Unternehmen weiterverkauft, um Arbeitsplätze in der EU zu sichern, da die Bedeutung der Fischerei „für die Beschäftigung in Gebieten, in denen sich oft wenig Alternativen bieten, ... außerordentlich groß [ist].“⁶ In Westafrika sind die Folgen dieser „Subvention der Armutsschaffung“ (Germanwatch)⁷ fatal: 2002 warnte die WWF, die Grundfischbestände seien in den Gewässern Westafrikas innerhalb der letzten 20 Jahre um die Hälfte zurückgegangen, während sich die Fischereiaktivitäten entlang der Küste Nordwestafrikas verdreifacht hätten.⁸ Hierdurch steigt der Preis für Fisch auf den heimischen Märkten, der die wichtigste Proteinquelle für die Einwohner Westafrikas darstellt, und durch seine konjunktur- und klimaunabhängige Verfügbarkeit zuvor im Falle von Dürren und Wirtschaftskrisen eine wichtige Rolle bei der Grundernährung der Bevölkerung spielte.⁹ Mittlerweile haben sowohl die International Organization for Migration (IOM)¹⁰ als auch die OECD¹¹ anerkannt, worauf MenschenrechtsaktivistInnen¹² und die Welternährungsorganisation (FAO)¹³ schon zuvor hinwiesen: Dass die EU-Fischereipolitik die Lebensgrundlage zahl-

reicher Menschen in Westafrika zerstört und damit u.a. den Wunsch in der Bevölkerung erhöht, nach Europa auszuwandern. Fischer bieten ihre unwirtschaftlich gewordenen Boote nicht nur MigrantenInnen aus anderen Teilen Afrikas an, sondern wagen teilweise auch selbst die lebensgefährliche Überfahrt auf die Kanaren. Um das zu verhindern führt die EU-Grenzschutzbehörde Frontex seit 2006 Einsätze vor den Küsten Senegals und Mauretaniens durch, um die MigrantInnen gemeinsam mit den Sicherheitskräften der jeweiligen Küstenstaaten an der Ausreise zu hindern. Spanien beliefert die westafrikanischen Staaten - bezuschusst von der EU - zum selben Zweck mit Sicherheitstechnologie und bildet deren Küstenwachen und Polizeien für den Grenzschutz aus.¹⁴

Nicht nur die Meere sind leer gefischt, auch an Land werden wichtige natürliche Ressourcen zerstört oder exportiert. In Westafrika befindet sich das zweitgrößte Forstgebiet des afrikanischen Kontinents nach dem Kongobecken. In Ghana leben Schätzungen zufolge 60 % der Bevölkerung vom Wald, in Liberia ist es ungefähr ein Drittel. Bereits 1985 schlug die FAO Alarm, jährlich würden 5 % des Waldes in Westafrika zerstört, als Ursache wurden damals aber v.a. die traditionellen Anbau- und Lebensweisen der ansässigen Bevölkerung gesehen und entsprechend Lösungsansätze vorgeschlagen, die eine Intensivierung der Landwirtschaft und eine „Nachhaltige“ Forstwirtschaft nach internationalen Kriterien beinhalteten¹⁵ - und damit als Einfallstor für die Enteignung der Bevölkerung und die Abholzung durch internationale Konzerne diente. In der Zeitschrift „Entwicklung und Zusammenarbeit“ fassten der EU-Parlamentarier Frithjof Schmidt und Janna Schönfeld die Folgen dieser Politik 2008 zusammen: „Die EU ist mit rund 80 Prozent Hauptabnehmer der Fisch- und Holzexporte aus der Gemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS). Doch diese Ressourcen fehlen den Menschen vor Ort. Darüber hinaus beteiligen sich europäische Firmen an den in Westafrika weit verbreiteten illegalen und destruktiven Methoden zum Fischfang und Holzzabbau. Sie tragen damit zur Zerstörung des Ökosystems und der Bedrohung der Artenvielfalt weit über die eigentliche Ressourcengewinnung hinaus bei.“¹⁶ Dabei verweisen sie aber auch darauf, dass die EU in den letzten Jahren Initiativen unternommen hat, die diesen Trends entgegenwirken sollen.

Diese Initiativen werden allerdings wirkungslos bleiben, da sie eingebettet sind in eine Ideologie des freien Welthandels und aus Verhandlungen unter ungleichen „Partnern“ hervorgehen - bei denen die betroffene Bevölkerung stets außen vor bleibt. Das zeigt sich sehr deutlich an den gegenwärtig ebenfalls stattfindenden Bemühungen der EU, mit den westafrikanischen Staaten Freihandelsabkommen, sog. Economic Partnership Agreements (EPAs), abzuschließen. Der Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Ade-

nauer-Stiftung in Ghana, Klaus D. Loetzer, schrieb hierzu Ende 2008: „[In Afrika] werden schwache Wirtschaften ohne jeden bzw. nur mit zweifelhaftem Schutz (z.B. bei den EPAs) in die Weltwirtschaft gezwungen. Hieran sind auch die Europäer beteiligt. Obwohl das Gegenteil behauptet wird, führen die Economic Partnership Agreements (EPAs), die Ende 2007 die auslaufenden AKP-Abkommen (Lomé, Cotonou) ablösen sollten, im Endergebnis zu fatalen Folgen für die afrikanischen [Entwicklungsländer]“.¹⁷ Die NGOs FIAN und Germanwatch haben die Folgen des Freihandels in denjenigen Staaten, die bereits ihre Märkte für EU-Produkte geöffnet haben, eindrücklich dargestellt.¹⁸ Milchpulver, Tomaten und sogar die Reste von Geflügel - Gütern, deren „Produktion“ in der EU auf unterschiedliche Weise subventioniert wird - überschwemmen die Märkte in Westafrika und drängen die ansässigen Bauern aus dem Geschäft. Der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) berichtete gegenüber der Süddeutschen Zeitung: „Aus Verzweiflung über ihre aussichtslose Lage haben sich im Norden von Ghana einige Kleinbauern umgebracht“.¹⁹ 2004 sollen allein wegen des Imports von Geflügelresten aus Europa 120.000 Landwirte in Kamerun ihren Arbeitsplatz verloren haben. Das hat nicht nur immense Folgen für die vielen einzelnen Betroffenen, es führt auch zu einem weiteren Anschwellen der Slums um die Großstädte und macht die Bevölkerung wesentlich anfälliger für Schwankungen der Weltmarktpreise für Nahrungsmittel.

Die ECOWAS in der „Afrikanischen Sicherheitsarchitektur“

Von Struktureller Stabilität im oben zitierten Sinne kann also keine Rede sein. Trotzdem sind die großen Bürgerkriege in Liberia und Sierra Leone, die während der 1990er Jahre die Region erschüttert haben, zum Erliegen gekommen. Dass sie Anfang dieses Jahrtausends nicht auf Guinea übergegriffen haben, obwohl das Land hunderttausende Flüchtlinge aufnahm und es wiederholt von Rebellen aus den angrenzenden Konfliktgebieten angegriffen wurde, wird in der strategischen Gemeinschaft häufig mit „Conflict Fatigue“ begründet - Kriegsmüdigkeit.²⁰ Die vergangenen acht Jahre waren militärisch neben einem Bürgerkrieg in Cote d'Ivoire und zahlreichen - meist unblutigen - Putschen vor allem durch die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft geprägt, Peace-Building zu betreiben, Wahlen zu organisieren und Soldaten zu demobilisieren. UN-Missionen finden bis heute in Côte d'Ivoire, Liberia, Sierra Leone und Guinea-Bissau statt, wobei diese nur noch in Liberia und Côte d'Ivoire mit etwa 10.000 bzw. 8.000 Soldaten auch eine militärische Komponente beinhalten.²¹ Großbritannien und Frankreich pflegen die militärische Zusammenarbeit mit ihren ehemaligen Kolonien und griffen in die Bürgerkriege in Sierra Leone und Cote d'Ivoire ein. Frankreich hat in einigen afrikanischen Staaten - Senegal, Gabun, Tschad und Djibouti bis heute Truppen stationiert, leistet Militärausbildungen in vielen weiteren Ländern und hat mit acht afrikanischen Ländern Verteidigungsabkommen geschlossen, die meist darauf hinauslaufen, den jeweiligen Machthaber im Falle von Rebellenangriffen militärisch zu unterstützen.²²

Die Europäische Union betrat die Bühne als sicherheitspolitischer Akteur in Afrika erstmals im April 2000, als der frisch ernannte Hohe Repräsentant der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, am ersten Afrika-Europa Gipfel in Kairo teilnahm. Dessen Abschlussdokument weist außer einem starken und positiven Bezug auf den freien Handel auch zahlreiche Absichtserklärungen zu gemeinsamen Bemühungen um Konfliktprävention und -nachsorge sowie zum Kampf gegen Terrorismus auf.²³ Der hiermit begründete Euro-Afrikanische Dialog überlebte die Auflösung der OAU und deren Neugründung als AU, die von Anfang an mit dem von der Internationalen Gemeinschaft unterstützten Ziel angetreten war, eine „Afrikanische Sicherheitsarchitektur“ zu begründen.



Traditionelle Küstenfischer am Strand von Nouadhibou, Foto: medico-international

Im Gegensatz zur OAU, welche die Interessen der afrikanischen Staaten gegenüber der Ersten Welt bündeln und vertreten sollte, sah die AU auch militärische Interventionen in ihren Mitgliedstaaten und entsprechende Militär- und Entscheidungsstrukturen vor.²⁴ Auf Vermittlung von Said Djinnit stellte die EU unmittelbar nach der Gründung der AU 2002 10 Mio. Euro (hinzu kamen Beiträge einzelner Mitgliedstaaten) für deren „Sicherheitsrat“ zur Verfügung - bei einem Gesamthaushalt der afrikanischen Union, der bis 2005 nie mehr als 43 Mio. US\$ betrug.²⁵ Erst 2005 sollte das Budget der Regionalorganisation auf 158 Mio. US\$ ansteigen, wovon 75 Mio. für Sicherheitspolitik und 63 Mio. für Verwaltungsaufgaben vorgesehen waren. Während die Mitgliedstaaten selbst ihre Beiträge für die laufenden Kosten nur zu etwa 57 % fristgerecht bereitstellen konnten,²⁶ entschied sich die Europäische Union bereits 2004 im Rahmen des Europäischen Entwicklungsfonds der AU 250 Mio. Euro bis 2007 für Militäreinsätze bereitzustellen. Für den Zeitraum 2008-2010 wurde der europäische Beitrag im Rahmen der African Peace Facility (APF) auf 300 Mio. Euro aufgestockt. Die EU will damit einen aktiven Beitrag beim Aufbau einer ständig einsatzbereiten afrikanischen Eingreiftruppe (African Standby Force) leisten, den sie de facto kontrolliert. Sie entscheidet auch, welche Einsätze mit welchen Summen aus der APF unterstützt werden. Das südafrikanische Institute for Security Studies stellte 2008 fest, dass keiner der bislang durch die AU durchgeführten Militäreinsätze ohne die Beiträge aus der African Peace Facility möglich gewesen wäre. Darüber hinaus stellte es fest, dass die „eingebetteten ‚Berater‘“ aus Europa aufgrund ihres besseren Zugangs zu Ressourcen häufig „de facto die Kontrolle in wichtigen Bereichen beim Aufbau der Afrikanischen Eingreiftruppe innehaben und einen beträchtlichen Einfluss auf die Konzepte, Standards und Entscheidungen auf allen Ebenen ausüben“.²⁷

Eine ähnliche Tendenz, afrikanische Regionalorganisationen zu militarisieren und zugleich abhängig zu machen, deutete sich bereits zuvor bei der Kooperation der EU mit der Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) an. Die ECOWAS wurde 1975 als Zusammenschluss aller westafrikanischen Staaten mit dem Ziel gegründet, einen gemeinsamen Binnenmarkt und eine gemeinsame Währung in der Region zu schaffen. Auch heute noch definiert sie

ihr Ziel damit, „die wirtschaftliche Integration in allen Bereichen der wirtschaftlichen Tätigkeit, insbesondere Industrie, Transport, Telekommunikation, Energie Landwirtschaft, natürliche Ressourcen, Handel, sowie in monetären und finanziellen Fragen, sozialen und kulturellen Belangen usw. zu fördern.“²⁸ Erste Militäreinsätze führte die ECOWAS 1990 und 1998 in Liberia und Sierra Leone durch, beide Einsätze kamen durch das Engagement Nigerias zustande, das auch den entscheidenden Truppenbeitrag lieferte. In beiden Fällen führten die ECOWAS-Truppen Plünderungen durch²⁹ und wurden selbst zur Konfliktpartei. Ein weiterer Versuch einer militärischen Intervention der ECOWAS 1998 in Guinea-Bissau scheiterte an der mangelnden Bereitschaft Nigerias, teilzunehmen. Trotz dieser negativen Bilanz beschloss die ECOWAS im Dezember 1999, ihre Zusammenarbeit im Bereich des „Peacekeeping“ auszubauen und hierfür ebenfalls eine gemeinsame Eingreifgruppe (ECOBRI) aufzustellen - Pläne, die von der EU bereits seit 1995 unterstützt wurden.³⁰

Im folgenden Jahr wurde erstmals die Zusammenarbeit zwischen der EU und ECOWAS durch gemeinsame Treffen auf Ministerebene institutionalisiert. In der gemeinsamen Erklärung des ersten dieser Treffen im Oktober 2001 heißt es: „Die EU erkennt nun (now) die ECOWAS als einen wichtigen Partner an aufgrund der entscheidenden Rolle, welche die Organisation an mehreren Fronten (on several fronts) in Westafrika spielt“.³¹ Bereits zuvor hatte sie 1,9 Mio. Euro für den Ausbau der Kapazitäten der ECOWAS im Bereich des „Peacekeeping“ zur Verfügung gestellt - ebensoviel wie für deren ursprüngliches Ziel der wirtschaftlichen Integration. Die 1999 definierten Vorhaben der ECOWAS wurden zunächst jedoch kaum umgesetzt. Das mit der Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheitsstrategie beauftragte Europäische Institut für Sicherheitsstudien begründete dies mit fehlendem politischen Willen der Mitgliedstaaten, institutioneller Schwäche und begrenzten finanziellen und technischen Möglichkeiten der ECOWAS sowie dem Fehlen einer klaren (sicherheitspolitischen) Agenda der Regionalorganisation. Zugleich betont es, dass „diese Schwierigkeiten dabei hilfreich waren, mögliche Bereiche für Zusammenarbeit, Unterstützung und Hilfeleistungen für die EU, ihre Mitgliedstaaten und andere internationale Akteure zu identifizieren“.³²



EU-Militärberater begutachten Stützpunkt in Guinea-Bissau, Foto: EU

Der nächste Militäreinsatz der ECOWAS in Cote d'Ivoire 2003 fand dann auch in enger Abstimmung mit der französischen Intervention „Licorne“ statt, erhielt logistische Unterstützung bis hin zum strategischen Truppentransport durch die USA, Großbritannien und Belgien und wurde sowohl von der EU als auch von zahlreichen Mitgliedstaaten finanziell unterstützt.³³ Diese Intervention wurde erst nachträglich von der UN legitimiert und zumindest die französische Komponente wurde selbst Konfliktpartei, nachdem sie von der Regierungsarmee angegriffen wurde und anschließend deren gesamte Luftwaffe zerstörte.³⁴ Wenige Wochen zuvor noch hatte der Kommandierende der ECOWAS-Mission (sowie der diese später integrierenden UN-Mission UNOCI) - ein Offizier aus Senegal, der in Frankreich und Deutschland studierte - in Berlin den gemeinsamen Einsatz als „Beispiel für eine erfolgreiche Partnerschaft im Dienst für den Frieden“ bezeichnet und um weitere finanzielle und logistische Unterstützung der EU beim Aufbau einer westafrikanischen Eingreiftruppe geworben: 60 Mio. Euro jährlich würden für zwei „battle groups“ a 1.500 Soldaten ausreichen.³⁵

Trotz des zweifelhaften Verlaufs des „Peacekeepings“ in Cote d'Ivoire wird die Zusammenarbeit und die Militarisierung der ECOWAS weiter in diese Richtung verfolgt. Das mag auch daran liegen, dass sich in der EU-Sicherheitspolitik bereits in den vorangegangenen Jahren die Herangehensweise herauskristallisierte, einen regionalen Gesamtansatz bezüglich Westafrikas zu entwickeln. Die Ansicht, dass man „die Konflikte in den Ländern [Westafrikas] nicht einzeln lösen kann“,³⁶ geht in Europa im wesentlichen auf Hans Dahlgren zurück, ständigem Vertreter Schwedens bei der UN, der unter schwedischer Ratspräsidentschaft zum außerordentlichen Repräsentanten der EU für die Region ernannt wurde, und wird im wesentlichen vom UN-Generalsekretariat geteilt. Dieses hatte bereits 2002 einen UN-Sondergesandten für Westafrika ernannt, der seither das weltweit erste Büro der UN für Friedensschaffung (UNOWA) leitet, das für eine gesamte Region zuständig ist. Ausfluss dieses von UN und EU geteilten regionalen Ansatzes ist ein „Trilaterales Abkommen für Frieden und Sicherheit“ zwischen EU, UN und ECOWAS. Dieses Abkommen ist das Ergebnis eines gemeinsamen Besuchs von Vertretern der EU und der UN bei der ECOWAS (EU-UN Joint Assessment Mission to ECOWAS) im März 2004.³⁷

Das dreiseitige Dokument beschäftigt sich lediglich mit Sicherheitsaspekten, folgerichtig beschreibt auch das UN-Büro für Westafrika die ECOWAS mittlerweile als „die westafrikanische Organisation, die zuständig ist für Themen aus dem Bereich Frieden und Sicherheit und ihre Effektivität, Handlungsbereitschaft und Ressourcennobilisierung kontinuierlich verbessern konnte“.³⁸ Für die EU ist die ECOWAS v.a. Teil der „Afrikanischen Sicherheitsarchitektur“, deren Kern die African Standby Force der AU darstellt.

Diese soll aus Brigaden der jeweiligen Regionalorganisationen bestehen. Zu diesem Zweck wurden auch die Arab Maghreb Union (AMU) im Norden, die Communauté Economique des Etats de l'Afrique Centrale (CEEAC) im Zentrum, die Inter-Governmental Authority on Development (IGAD) im Osten und die Southern African Development Community (SADC) im Süden des Kontinents in ähnlicher Weise wie die ECOWAS dazu angehalten, militärische Kapazitäten zu entwickeln. Nirgends ist der Aufbau militärischer Kapazitäten jedoch bislang so weit entwickelt, wie bei der ECOWAS: „Der Aufbau der ECOBRIG schreitet kontinuierlich voran und ist am weitesten fortgeschritten. Die Grundlagendokumente sind größtenteils erarbeitet und der Zeitplan wird eingehalten. Das Hauptquartier (Task Force Headquarter) sollte seit Juni 2006 einsatzbereit sein. Die für die ECOBRIG vorgesehenen Truppenteile verfügen bereits über Peacekeeping-Erfahrungen in verschiedenen UN-Missionen... Das wichtigste Organ, der Sicherheitsrat der ECOWAS, ist ebenso funktionsfähig wie die Defense

and Security Commission (DSC)... Am 7. April 2005 wurde ein Entwurf zur Entwicklung der ECOWAS Standby Brigade veröffentlicht, der von einem Autorenteam aus Großbritannien, Frankreich, Kanada und den USA im ECOWAS-Sekretariat entwickelt wurde. Darin ist eine Zusage der Mitgliedstaaten über bisher 6.200 Soldaten für die anvisierte Truppenstärke von insgesamt 6.500 Soldaten enthalten.“³⁹ Die ECOWAS gilt damit als Vorbild für die AU und andere Regionalorganisationen, deren Mitgliedern von EU und UN regelmäßig fehlender politischer Wille bei der militärischen Integration vorgeworfen wird. Es ist auch völlig klar, dass die afrikanischen Staaten die ehrgeizigen, von der internationalen Gemeinschaft definierten militärischen Ziele logistisch und finanziell in absehbarer Zukunft nicht eigenständig bewältigen können - sofern die jeweiligen Regierungen überhaupt ein Interesse daran haben, eine Truppe zu finanzieren, die gegebenenfalls in ihr Land einmarschieren könnte.

Damit bleibt auch jede Entscheidung über einen Einsatz der AU-Truppen von der politischen, logistischen und finanziellen Unterstützung von EU oder NATO⁴⁰ abhängig. De facto entscheiden diese damit über die Einsätze afrikanischer Truppen - afrikanische Regierungen und Organisationen können Ressourcen für sich mobilisieren, indem sie Truppen zur Verfügung stellen. Die Vorzüge einer solchen „Sicherheitsarchitektur“ beschreibt Wolf Kinzel in einer etwas deutlicheren und naiveren Art, als sich dies in offiziellen EU-Papieren finden lässt: „Boots on the ground‘ in Form leichter Infanterie, häufig Engpass in der ‚westlichen Welt‘, wären in der ASF ausreichend vorhanden. Die stärkere Integration afrikanischer Soldaten in Peacekeeping Operations nach UN-Vorgaben würde die Einbindung in die Sicherheitsstruktur verbessern und das Krisenpotenzial, das ihnen immer noch anhaftet, deutlich verringern.“⁴¹ Auch das bereits angesprochene Europäische Institut für Sicherheitsstudien schreibt von einem „wachsenden Interesse einiger externer Akteure, die Regionalorganisation in der Lage zu sehen, die Rolle einer Feuerwehr (firefighter) zu übernehmen, falls andere Interventionen, etwa solche, die durch die UN mandatiert werden, nicht stattfinden (oder bevor solche Interventionen stattfinden).“⁴²

Die Europäische Sicherheitsstrategie

Bereits 1992 formulierte der Ministerrat der Westeuropäischen Union den Anspruch, weltweit gemeinsame Militäreinsätze als „humanitäre Aufgaben, Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen“ durchzuführen. Diese Petersberg-Aufgaben wurden von der EU 1997 in den Vertrag von Amsterdam übernommen. Erste Schritte, um die hierfür notwendigen gemeinsamen Fähigkeiten zu entwickeln, wurden jedoch erst 1999 auf dem EU-Gipfel in Helsinki unternommen, wobei es sich auch bei den „Helsinki Headline Goals“ zunächst eher um Absichtserklärungen handelte, die sich deutlich an den NATO-Einsätzen auf dem Balkan orientierten: 60.000 Soldaten sollten in einem Radius von 4.000 km um Brüssel innerhalb von 60 Tagen für mindestens ein Jahr einsatzbereit sein. Dies war ein ehrgeiziges Ziel, die anvisierte Truppenstärke übersteigt beispielsweise die Zahl der Soldaten, welche die gesamte NATO bis Januar 2009 für die ISAF in Afghanistan aufbringen konnte. 2003 legte der Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik eine ebenso ehrgeizige Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) vor, deren Aufgabe es eigentlich sein sollte, Bedingungen und Ziele zu definieren, unter denen die EU Militäreinsätze durchführen soll. Doch die ESS beruhte auf einem erweiterten Sicherheitsbegriff, der neben dem Terrorismus und der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen auch regionale Konflikte, Armut, Scheiternde Staatlichkeit, Umweltprobleme und Migration als Bedrohungen definierte, wobei „die

erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen [wird]“. Somit wurden weite Teile der Welt zum potentiellen Einsatzgebiet und ein nicht annähernd eingegrenztes Potpourri aus Bedrohungen zu potentiellen Anlässen erklärt, ohne Prioritäten zu setzen, auf regionale Besonderheiten einzugehen oder die anzuwendenden Mittel und Strategien näher zu klären. Immerhin wurde festgestellt: „Im Gegensatz zu der massiven und sichtbaren Bedrohung zu Zeiten des Kalten Krieges ist keine der neuen Bedrohungen rein militärischer Natur, auch kann gegen sie nicht mit rein militärischen Mitteln vorgegangen werden. Jede dieser Bedrohungen erfordert ein ‚gemischtes‘ Instrumentarium.“

An diesem Punkt setzte eine von Solana beauftragte „Studien-Gruppe zu den militärischen Fähigkeiten der EU“ um die Wissenschaftlerin Mary Kaldor, der Leiterin des EUISS, Nicole Gnesotto, und den deutschen General a.D. Klaus Reinhardt an und entwarf eine „Human Security Doctrine for Europe“, die eine integrierte Truppe bestehend aus 10.000 Soldaten und 5.000 Polizisten und (sonstigen) Zivilisten vorschlägt für Einsätze in Scheiternden Staaten und „Situationen großer Unsicherheit, um die Welt sicherer für Europäer zu machen“. Verschiedene Vorschläge aus diesem Papier zum integrierten Training von zivilen und militärischen Einsatzkräften befinden seit dem in der Umsetzung.

Eine dritte Form von Militärinterventionen verwirklichte sich jedoch sehr schnell zwischen 2003 und 2006 in der Praxis. Aufbauend auf dem Einsatz „Artemis“ in der Demokratischen Republik Kongo 2003, bei dem etwa 2.200 Soldaten für drei Monate die Provinzhauptstadt Bunia absicherten, während die UN-Truppen in der Region neu organisiert wurden, entwickelte sich das Konzept der Battlegroups: Etwa 1.500 Soldaten, die jeweils für ein halbes Jahr in Bereitschaft gehalten werden, um schnell, aber begrenzt intervenieren zu können. Als potentielle Einsatzgebiete werden explizit „scheiternde Staaten“ benannt, „von denen sich die meisten in Afrika befinden“. Ebenfalls auf der Grundlage der Erfahrungen aus dem Artemis-Einsatz trafen die EU und die UN ein Übereinkommen, wie die künftige Zusammenarbeit bei Militäreinsätzen zu gestalten sei. Demnach stellt die EU keine Truppen für UN-geführte Einsätze zur Verfügung, bietet jedoch an - soweit das in ihrem Interesse liegt - unter eigener Führung Battlegroups oder noch wesentlich kleinere zivil-militärische Beratermissionen zu entsenden, um einen UN-Einsatz vorzubereiten, in kritischen Phasen räumlich begrenzt zu flankieren, im Rahmen eines UN-Einsatzes spezielle Aufgaben

(Polizei-ausbildung, Sicherheitssektorreformen) auszuüben oder während eines UN-Einsatzes Truppen in Nachbarländern zu stationieren, um im Falle einer Eskalation zu intervenieren oder die UN-Truppen zu evakuieren.

Seither bestehen drei unterschiedliche Konzeptionen EU-europäischer Interventionsmodelle, die mit sehr unterschiedlicher Intensität umgesetzt werden: Die große Variante von Krisenreaktionskräften im Umfang von etwa 60.000 Soldaten, die für Interventionen und anschließenden Besetzungseinsätze nach den Vorbildern auf dem Balkan (und auch in Afghanistan) vorgesehen sind mit dem Ziel, Staaten unter militärischer Kontrolle komplett neu aufzubauen (Statebuilding). Die Human Security Response Force, die mit 15.000 Einsatzkräften im Umfang den größeren UN-Einsätzen entspricht und wie diese eine enge Verzahnung von zivilen und militärischen Komponenten vorsieht und konzeptionell v.a. auf die Stabilisierung sowie den Schutz der Zivilbevölkerung ausgerichtet ist. Zuletzt die kleinste Variante der Battlegroups, die entgegen einer geläufigen Rezeption weder geeignet ist, humanitäre Interventionen in Bürgerkriegssituationen durchzuführen, noch, um eigenständig in einem Land zu intervenieren, um beispielsweise Rohstoffquellen zu sichern.

Das Ziel, umfangreiche Krisenreaktionskräfte aufzustellen, wird zwar prinzipiell weiterverfolgt, alleine schon aus integrationspolitischen Gründen, um zu vermitteln, dass die Vision einer gemeinsamen Armee, die eigenständig Einsätze wie auf dem Balkan oder in Afghanistan durchführen kann, weiter besteht und da alle Schritte, die in dieser Richtung unternommen werden, auch für die weniger ambitionierten Interventionsmodelle sowie für gemeinsame Einsätze und Militärstrukturen innerhalb der NATO nutzbar sind. Ein konkreter Einsatz europäischer Krisenreaktionskräfte ist hingegen mittelfristig unwahrscheinlich, da die Einsätze auf dem Balkan und in Afghanistan erstens die Aussichtslosigkeit von Statebuilding demonstrieren haben und zweitens, da die westliche Gemeinschaft, selbst unter Beteiligung der NATO, kaum in der Lage ist, zwei solche Einsätze gleichzeitig ambitioniert durchzuführen. Auch bietet die ESS keine hinreichende Definitionen von Sicherheitsinteressen, die eine Entscheidung für einen solchen kostenträchtigen, gefährlichen und die Interessen von anderen Welt- und Regionalmächten sicherlich in hohem Maße tangierenden Einsatz erlauben würde.

Wie bereits angedeutet, werden Elemente der Vorschläge einer Human Security Response Force umgesetzt, ohne dass die EU aller-



EUFOR im Einsatz im Tschad: Abschuss einer Aufklärungsdrohne, Foto: EU

dings erkennbar die Aufstellung einer zivilmilitärischen Truppe im Umfang von 15.000 Kräften anstreben würde. Zugleich werden sowohl im NATO-Einsatz in Afghanistan als auch auf dem Balkan, durch die Aufstellung einer „European Gendarmerie Force“ und die geplante Aufstellung von „Civilian Response Teams“ eben jene zivil-militärischen Strukturen geschaffen, wie sie sowohl im Rahmen großer Militärinterventionen als auch im Rahmen kleiner „Rechtsstaats-“, Beobachtungs- und Beratungsmissionen ohnehin gebraucht werden. Einsätze in dem vorgeschlagen Umfang, mit dem Ziel, v.a. die Zivilbevölkerung zu schützen, wird die EU aber nicht durchführen. Dagegen spricht schon das Vorbild der langfristigen UN-Missionen, denen meist allenfalls geringer Erfolg beschieden ist. Die politischen Kosten und die menschlichen Verluste eines solchen Einsatzes ohne erkennbare Erfolge wären für die EU nicht zu tragen. Sie muss diese auch nicht tragen, denn wo sie solche dauerhafte Stabilisierungseinsätze für nötig hält, kann sie ja auf die UN oder Regionalorganisationen („boots on the ground“) zurückgreifen.

Um solche Einsätze aber zu induzieren, zu ermöglichen und ihre politischen Rahmenbedingungen zu bestimmen, sind Battlegroups geeignet. Das Konzept der Battlegroups wurde erstmals im Februar 2003 von Frankreich und Großbritannien auf den Tisch gebracht und der erste autonome Militäreinsatz der EU in der DR Kongo wenige Monate später entsprach vom Umfang her in etwa diesem Konzept. Auch die Geschwindigkeit, mit der die Truppe zusammengestellt und die begrenzte Aufgabenstellung von Artemis sprechen dafür, dass dieser Einsatz einen Versuch darstellte, eine solche Battlegroup ad-hoc aufzustellen. Der Beschluss, tatsächlich ständig Battlegroups bereitzuhalten, fiel dann offiziell im Juni 2004 im Rahmen des Headline Goal 2010. Demnach sollen jeweils für ein halbes Jahr von einzelnen Mitgliedstaaten oder im multinationalen Verbund je zwei Battlegroups bereitgehalten werden, die innerhalb von zehn Tagen in einem Radius von 6.000 km und ohne weitere Unterstützung 30 Tage einsatzbereit sein können. Bereits seit 2005 standen pro Halbjahr ein oder zwei - zunächst überwiegend nationale - Battlegroups bereit, seit 2007 sind es je zwei. Bereits der Folgeinsatz 2006 in der DR Kongo, der während der Wahlen in der Hauptstadt stattfand, griff auf Strukturen der Battlegroups zurück. Auch beim EUFOR-Einsatz im Tschad 2008 gelang es auf Grund des Widerstandes insbesondere Schwedens nicht, die gesamte bestehende „Nordic Battlegroup“ zu verwenden, da dies aber während der Einsatzvorbereitung so geplant war, wirkte sich die Battlegroup-Konzeption wesentlich auf die Ausgestaltung des Einsatzes aus.

Auch die kleinsten Varianten von EU-Militäreinsätzen, die allerdings als zivile Einsätze bezeichnet werden, Beratungsmissionen zum Umbau und zur Ausbildung staatlicher Sicherheitskräfte, wurden in den vergangenen Jahren intensiv in Afrika erprobt. So entsandte die EU 2005 30 Polizeibeamte (EUPOL Kinshasa) in die kongolesische Hauptstadt Kinshasa, um dort Polizeieinheiten aufzubauen, die dem

Schutz der Übergangsregierung Kabilas dienen sollten und v.a. in Crowd and Riot Control ausgebildet wurden. Nachdem unter dem Schutz des EUFOR-Einsatzes Kabila durch Wahlen in seinem Amt bestätigt wurde, wurde die EU-Polizeimission auf das gesamte Land ausgedehnt (EUPOL DRC). Nur wenige Monate später begann eine weitere EU-Mission in der DR Kongo in deren Rahmen bis zu 60 europäische Militärberater den kongolesischen Generalstab bei der Restrukturierung der Armee unterstützen. Beide Missionen dauern bis heute an. Im Juni 2008 begann dann die erste EU-Mission in Westafrika: In das kleine Land Guinea-Bissau wurden 19 Militärberater für zunächst ein Jahr entsandt, um die Regierung ebenfalls bei der Neustrukturierung ihrer Armee zu unterstützen. Über den konkreten Verlauf und Inhalt dieser Mission wurde sehr wenig bekannt. Einzig der Vertrag, der im Rahmen dieser Mission zwischen der EU und Guinea-Bissau geschlossen wurde und Hoheitsrechte an die EU-Soldaten übertrug, drang an die Öffentlichkeit. Nachdem während der Anwesenheit der EU-Mission zur Sicherheitssektoreform in der Hauptstadt Bissau am 1. März 2009 zunächst der Kommandant der Armee bei einem Sprengstoffanschlag ums Leben kam und am folgenden Tag dessen langjähriger Rivale, Präsident Vieira, durch Soldaten massakriert wurde, sind die Umstände auch dieser EU-Mission fraglicher denn je.

Afrika wird von der Stiftung Wissenschaft und Politik ganz zu Recht als „Hauptbetätigungsfeld der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ bezeichnet.⁴³ Dabei geht die EU nach dem Prinzip „Learning by Doing“ vor. Afrika bietet sich als Experimentierfeld der ESVP dabei aus mehreren Gründen an. Zunächst liegen die afrikanischen Staaten kaum in den Interessenssphären einer der Großmächte und kaum eine der afrikanischen Regionalmächte kann es wagen, der Stationierung europäischer Soldaten in der Region zu widersprechen. Dies ist auch der Grund, weshalb sich in nahezu jedem Land UN-Einsätze mandatorien lassen bzw. solche Einsätze schon bestehen, an welche die Verantwortung nach erfolgtem EU-Einsatz übergeben werden kann. Somit ist erstens die Gefahr gering, dass europäische Soldaten Auslöser eines handfesten internationalen Konflikts werden oder mit ebenbürtigen Kräften konfrontiert werden. Zweitens lassen sich diese Einsätze recht leicht mit der Übergabe an die UN kurzfristig als Erfolg darstellen, während für mittel- und langfristige Fehlentwicklungen stets die UN verantwortlich gemacht werden kann, während die EU durch ihre finanziellen und sonstigen Beiträge zu deren Missionen zugleich selbst den Vorwurf entkräften kann, sich nur kurzfristig zu engagieren.

Treibende Kraft bei den meisten EU-Einsätzen in Afrika war mit Frankreich dasjenige Land, das innerhalb der EU die kohärenteste, kontinuierlichste und auch militarisierteste Afrikapolitik vorweisen kann. Vor dem Hintergrund der tragenden Rolle Frankreichs und der nur vage definierten Interessen und Strategien der EU⁴⁴ ist es wenig verwunderlich, dass sich die Vorgehensweise der EU zunehmend derjenigen Frankreichs annähert. Deutlicher Ausdruck dieser Tendenz war der EUFOR-Einsatz in Tschad und der Zentralafrikanischen Republik, der auf Drängen Frankreichs zu Stande kam und von der französischen Opération Épervier, in deren Rahmen bereits seit 1986 zwischen 1.000 und 2.000 französische Soldaten im Tschad stationiert sind, zumindest in seiner strategischen Bedeutung kaum zu unterscheiden ist: Unweigerlich glitt der EU-Einsatz in die Rolle, das von Frankreich unterstützte Regime Débys zu stabilisieren, was gleichzeitig dazu führte, dass dessen Konflikt mit den verschiedenen Rebellenbewegungen eskalierte.⁴⁵ Somit hat die EU mittlerweile in der DR Kongo, der Zentralafrikanischen Republik, dem Tschad und Guinea-Bissau zweifelhafte Regime unterstützt und damit auch tendenziell noch abhängiger von eben dieser Unterstützung gemacht. Dies entspricht der Afrikapolitik Frankreichs, afrikanische Führer unabhängig von der Qualität



Polnischer EUFOR-Hubschrauber über dem Tschad, Foto: EU

ihrer Regierungsführung im Gegenzug für eine gewisse Hörigkeit zu stärken. Die daraus erwachsende Abhängigkeit dieser Regime ermöglicht es Frankreich, unliebsame Präsidenten jederzeit fallen zu lassen. Hierfür reicht häufig schon ein Nicht-Handeln in kritischen Situationen, ansonsten aber auch ein begrenzter Militäreinsatz in etwa der Stärke einer Battlegroup. Neben der Stationierung von Truppen im Land und den bereits erwähnten „Verteidigungsabkommen“ bindet Frankreich die afrikanischen Regime v.a. durch die Ausbildung und Ausrüstung von Sicherheitskräften der jeweiligen Länder an sich. Alleine in den Jahren 2007 und 2008 gab die französische Armee 90 Mio. Euro für die militärische Kooperationsprogramme aus, im gleichen Zeitraum wurden 900 afrikanische Soldaten an französischen Militärakademien ausgebildet.⁴⁶ Ein weiteres französisches Projekt zur Ausbildung afrikanischer Militärs höheren Ranges ist der RECAMP-Trainingszyklus. RECAMP ist das französische Akronym für „Stärkung der Afrikanischen Fähigkeiten zur Friedenserhaltung“. RECAMP (renforcement des capacités africaines de maintien de la paix) fand bislang in fünf Runden in je unterschiedlichen afrikanischen Ländern (Senegal, Gabun, Tansania, Ghana, Kamerun) statt. Unter französischer Leitung trafen sich jeweils Politiker und Militärs der EU und Kanadas mit Militär- und Polizei-Offizieren Afrikas, um gemeinsame Workshops und Übungen durchzuführen und ein mehr oder weniger fiktives Szenario durchzuspielen. Dabei soll den afrikanischen Vertretern insbesondere der Umgang mit internationalen Organisationen vertraut gemacht werden, insbesondere, wie sie auf die Militärstrukturen der UN, der EU und der AU zurückgreifen können. RECAMP IV fand 2004 u.a. in Ghana, Nigeria und Benin statt. Das Szenario beinhaltete drei Länder (Gelb, Blau und Orange) deren Hauptstädte nach Städten in Benin benannt waren und eine Region (Grün), die zwei der Länder umfasst und in der Öl gefunden wurde. Um das Öl abtransportieren zu können, wird eine Pipeline durch Orange gebaut, das selbst über keine Ölvorkommen verfügt, und die Bevölkerung aus dem Ölgebiet vertrieben. Diese beginnt daraufhin einen bewaffneten Aufstand, der von Orange unterstützt wird und weitere Rebellenbewegungen in Gelb und Blau aktiviert. Es kommt zum Bürgerkrieg, die Förderanlagen liegen brach, Kindersoldaten werden rekrutiert. Mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft wird ein Friedensabkommen geschlossen, eine multinationale Truppe der ECOWAS im Ölgebiet aufgestellt und von der UN mandatiert. Die ECOWAS übernimmt gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft die weitere Planung für die Region, der Schutz der Zivilbevölkerung und die Kontrolle der Ölvorkommen werden Aufgaben des Militärs. Die Krise wird durch einen weiteren Beschluss des Sicherheitsrats beendet, welcher eine „multidimensionale“ Operation mandatiert: Sie umfasst neben dem Schutz der Zivilbevölkerung und der Überwachung des Waffenstillstandes auch „die Unterstützung beim Aufbau der für die Ausbeutung der Ölressourcen und stabile politische Verhältnisse notwendigen wirtschaftlichen Strukturen.“⁴⁷ In drei Phasen wird das Szenario dabei auf politisch-militärischer Ebene (Kontakt zu Regionalorganisationen, UN und EU), auf Ebene des Einsatzhauptquartiers sowie abschließend „im Feld“ als Übung durchgespielt. Im Rahmen des RECAMP-Programmes hält die französische Armee auf drei ihrer Stützpunkte Ausrüstung für insgesamt drei Bataillone afrikanischer Soldaten bereit, die unter Führung der AU oder der UN eingesetzt werden sollen. Im Rahmen der Zuteilung dieser Ausrüstung erhalten diese darüber hinaus ein letztes Training durch die französische Armee, die auch während des Einsatzes für das von ihr zur Verfügung gestellte Material verantwortlich ist und somit jederzeit Zugang zu den afrikanischen Einheiten einfordern kann. Auf diese Weise wurden bislang afrikanische Soldaten 1997/98 für ihren Einsatz in der Zentralafrikanische Republik, 1999 in Guinea-Bissau, Soldaten der MONUC in der DR Kongo sowie Soldaten

der ECOWAS und der CEMAC von der französischen Armee ausgerüstet, vorbereitet und betreut.⁴⁸ Die RECAMP-Initiative, die ursprünglich ein Gemeinschaftsprojekt der französischen Ministerien für die Außenpolitik und die Verteidigung war, wird mittlerweile als EURO-RECAMP unter dem Dach der EU weitergeführt.

Export von staatlicher Gewalt

Westafrika bietet sich für eine solche Einflusspolitik der EU über die Bereitstellung von Sicherheits- und Militärstrukturen aus mehreren Gründen an. Zunächst einmal, da es in Westafrika kaum Interessenskonflikte unter den Großmächten gibt. Neben Frankreich beanspruchen Großbritannien und die USA Einfluss in der Region. Großbritannien kann aber für seine eigene Interessenspolitik bei Bedarf ebenso auf die EU-Strukturen zurückgreifen wie Frankreich und dürfte deshalb der Europäisierung tendenziell positiv gegenüberstehen. Auch gegenüber den USA kann die EU vermittelnd wirken, wobei die USA und die EU ohnehin weitgehend dieselben Interessen haben: Es entspricht sowohl der Zielsetzung der USA in ihrem Krieg gegen den Terror als auch derjenigen der EU, welche scheiternde Staaten in Westafrika als Ausgangspunkt für irreguläre Migration und Drogenimporte identifiziert hat, die dortigen Regime zu stabilisieren, auf die Sicherung der Grenzen hinzuwirken und die Korruption zu bekämpfen. Gleichzeitig herrscht in Westafrika gegenwärtig kein größerer Konflikt, in dem sich eine robuste Europäische Außen- und Sicherheitspolitik ernsthaft beweisen müsste. Wenn ein solcher ausbrechen sollte, steht mit der ECOWAS diejenige Regionalorganisation bereit, deren militärischen Fähigkeiten in Zusammenarbeit mit der EU am weitesten entwickelt wurden, um einen solchen Konflikt zu befrieden. Darüber hinaus besteht Westafrika (neben einigen Ausnahmen, insbesondere Nigeria, auf das hier nicht näher eingegangen werden kann) überwiegend aus relativ kleinen und schwachen Staaten, die zugleich mit Rebellenbewegungen konfrontiert sind und mit Teilen der oft sehr großen Armeen, die der Regierung feindlich gegenüber stehen. Diese Situation wird mit der weiteren Ausbeutung der Region, die u.a. von der EU in Zusammenarbeit mit den westafrikanischen Regierungen vorangetrieben wird und durch eventuelle negative Folgen des Klimawandels weiterhin immer wieder, aber meist auf niedrigem Niveau eskalieren. In diesen Szenarien können Battlegroups zumindest der Theorie nach effektiv eingesetzt werden, um bevorstehende Rebellionen zurückzuschlagen oder Wahlen abzusichern. In der Praxis dürfte der Erfolg solcher Einsätze dennoch fraglich sein, da oft wenig Wissen in den strategischen Thinktanks der EU über die lokalen Machtstrukturen zur Verfügung steht. Um Einblick in diese Machtstrukturen zu gewinnen, sind militärische Beratermissionen oder Missionen zur Reform der Sicherheitssektoren natürlich bedingt hilfreich. Die Ausbildung und Ausrüstung der Sicherheitskräfte kann dazu dienen, die Durchsetzungsfähigkeit der Regierungen, die häufig auf die (meist an der Küste gelegenen) Hauptstädte beschränkt ist, zumindest soweit ins Hinterland auszudehnen, dass die wirtschaftliche Ausbeutung etwa von Rohstoffvorkommen zumindest möglich ist. Auch hier erhöhen die zunehmende soziale Verelendung und ökologische Degradation das Risiko beständiger Gewaltkonflikte um Boden, Wald, Pipelines und die Lagerung von Umweltgiften. Initiativen, um die Regierungen gleichzeitig gefügig zu machen und für diese kontinuierlichen Bürgerkriege auszustatten, sind zahlreich und finden nicht nur im Rahmen der ESVP statt, sondern auch durch die G8, einzelstaatliche Initiativen und auch innerhalb der zweiten Säule der Europäischen Union. Abschließend werden einige Beispiele von solchen Initiativen auf den verschiedenen Ebenen dargestellt. Sie alle sind Teil einer „Sicherheitsarchitektur“ in der wenige westliche Staaten aus ihrer Furcht vor rechtsfreien und vom Markt abgekop-

pelten Räumen durch den Export von staatlicher Gewalt Regime in der Dritten Welt abzusichern suchen.

Im Rahmen ihrer Afrikapolitik beschlossen die G8-Staaten 2003 in Evian einen G8-Afrika-Aktionsplan zur Stärkung der Fähigkeiten Afrikas, Friedensoperationen zu unternehmen und verabschiedeten sie 2004 in Sea Island einen G8-Aktionsplan für den Ausbau der globalen Fähigkeit zur Friedensunterstützung, welcher die Ausbildung von 75.000 Blauhelmsoldaten bis 2010 vorsah.⁴⁹ Vergangene Friedenseinsätze hätten demonstriert, dass Gendarmeriekräfte besonders geeignet seien für „Friedensmissionen“, weshalb den italienischen Carabinieri eine bedeutende Rolle für den Aktionsplan zugemessen wurde.⁵⁰ Diese gründeten daraufhin mit finanzieller Unterstützung der G8 in Vicenza (Italien) einen „Center of Excellence for Stability Police Units“. Hier werden Einsatzkonzepte für „crowd control, den Kampf gegen organisierte Kriminalität, Verhaftungen gefährlicher Personen, Gefängnissicherheit, Schutz sensibler Ziele, Absicherung von Wahlen, Schutz von VIPs und Grenzschutz“ entwickelt und vermittelt.⁵¹ Dabei wird u.a. auf die Erfahrungen bei den UN-Einsätzen in Liberia, Cote d’Ivoire und Sierra Leone zurückgegriffen. Insgesamt 7.500 Gendarmeriekräfte sollen durch das COESPU bis 2010 in Kursen von fünf bis sieben Wochen ausgebildet werden, davon 3.000 in Italien und 4.500 in ihren Heimatländern. Für das Jahr 2005 wurden die Länder Senegal, Kamerun, Marokko, Kenia, Jordanien und Indien eingeladen, an den Kursen teilzunehmen,⁵² 2007 kamen Nigeria, Serbien, die Ukraine, Pakistan und Indonesien hinzu, womit sich neben Westafrika ein zweiter regionaler Schwerpunkt in Südasiens herauskristallisiert. Darüber hinaus bildet das COESPU „Mobile Assistenz-Teams“, welche potentielle Teilnehmerländer besuchen und prüfen, ob diese über geeignete Polizeieinheiten verfügen, an der Ausbildung dieser teilnehmen und ihre im Ausland gesammelten Erfahrungen in die Kurse in Vicenza einbringen sollen. Die Arbeit des COESPU - obwohl v.a. von den USA finanziert - erfolgt in enger Abstimmung mit UN, EU, AU und ECOWAS und zielt eindeutig darauf ab, für künftige Einsätze der UN, der AU bzw. der ECOWAS Personal bereits zu stellen, das nach den Vorstellungen der G8 ausgebildet wurde. Die enorme Rolle der EU beim Aufbau der African Standby Force sowie deren westafrikanischer Komponente unter der ECOWAS wurde bereits beschrieben. Überspitzt ausgedrückt werden hier die Führungskräfte derjenigen Polizeisoldaten ausgebildet, die, finanziert von der EU, von französischen Soldaten im Rahmen des EURO-RECAMP ihre Ausrüstung und ein letztes Training erhalten, bevor sie von Europäischen Mitgliedstaaten, einer EU-Unterstützungsmission oder der NATO ins Einsatzgebiet geflogen werden, um dort unter einem Mandat der UN, um welches sich die EU-Staaten bemühen, Konflikte befrieden. Die „Ownership“ besteht dabei alleine darin, dass die Soldaten, welche die AU bzw. die ECOWAS bereitstellen, bei denen die EU-Zuschüsse für Militärmissionen das Budget der eigentlichen Organisationen bei weitem übersteigen, vom selben Kontinent bzw. aus derselben Großregion stammen, wie die Bevölkerung, die es zu befrieden gilt. AU und ECOWAS werden somit de facto zu Söldnerorganisationen. Die EU sichert sich ihren Einfluss auf die jeweiligen Einsätze durch ihre Verhandlungsmacht im Sicherheitsrat, durch EURO-RECAMP sowie ggf. durch einleitende, flankierende oder logistische Unterstützung leistende Militäreinsätze im Umfang einer Battlegroup.

Neben diesen im engeren Sinne militärischen Befriedungskonzepten existieren zahlreiche einzelstaatliche und europäische Initiativen, in deren Rahmen die Sicherheitskräfte westafrikanischer Regierungen ausgebildet und gegen die eigene Bevölkerung in Stellung gebracht werden. Italiens Militärhilfe für Nigeria, mit der recht offen der sichere Abtransport des dort geförderten Erdöls gewährleistet werden soll, bildet dabei eine Ausnahme. Die meisten Programme dieser Art finden hingegen offiziell im Rahmen der

Bekämpfung illegaler Migration, des Drogenhandels sowie der Piraterie statt. Ebenso wie innerhalb der EU die Mission zur Reform des Sicherheitssektors in Guinea-Bissau 2008 damit begründet wird, dass das Land zunehmend zum Transitland für Drogen aus Lateinamerika wird, die für Europa bestimmt sind, schlossen sich 2007 Portugal, Irland, Frankreich, Italien, Spanien, Großbritannien und die Niederlande zusammen und gründeten in der Hauptstadt der ehemaligen Kolonialmacht Portugal ein gemeinsames Analyse- und Operationszentrum Rauschgift (Maritime Analysis and Operations Centre – Narcotics, MAOC-N). Die Europäische Beobachtungsstelle Drogen und Drogensucht schreibt hierzu: „Dieses Strafverfolgungszentrum soll mit militärischer Unterstützung den Kokainhandel insbesondere im Ostatlantik unterbinden.“⁵³ Dabei sollen Daten internationaler und nationaler Strafverfolgungsbehörden sowie der Geheimdienste an die jeweilige Küstenwache, Marine und Luftwaffe der beteiligten Länder weitergegeben werden, damit diese den Transport von Drogen von Westafrika nach Europa unterbinden. Als Vorbild für das Zentrum dient die U.S. Joint Interagency Task Force South in Florida, zwei US-Verbindungsoffiziere sind zu dessen Beratung abbestellt.⁵⁴ Die USA selbst unternehmen darüber hinaus mit ihrer Marine zahlreiche Besuche westafrikanischer Staaten, um gemeinsame Übungen mit deren Küstenwachen durchzuführen und stellen diesen Überwachungstechnologie zur Verfügung. Zugleich liefern sie mit der Pan-Sahel Initiative (PSI, später: Trans-Sahel Counter-Terrorism Initiative TSCTI) im Rahmen des Krieges gegen den Terror dem Tschad, Niger, Mali und Mauretanien Ausbildung und Ausrüstung für den Grenzschutz in der Wüstenregion.⁵⁵

Ähnliche Projekte verfolgen die EU und ihre Mitgliedstaaten im Rahmen des Kampfes gegen die illegale Migration. Bereits im Juni 2000 schloss sie mit ihren ehemaligen Kolonien das handelspolitische Cotonou-Abkommen ab, das die Entwicklungsländer im Gegenzug zu scheinbaren Handelspräferenzen dazu verpflichtete, mit der EU in einen intensiven Dialog über die Steuerung von Migration zu treten und Rücknahmeabkommen abzuschließen. Die EU würde die nötigen Kapazitäten bereitstellen, um die unterzeichnenden Staaten beim Umgang mit den Abgeschobenen zu unterstützen. Zwischen 2001 und 2006 stellte sie 130 Mio. Euro für Projekte in Nordafrika und weitere 65 Mio. EUR für entsprechende Programme in Subsahara-Afrika aus, „um Drittländer in ihren Bemühungen um eine bessere Steuerung der Migrationsströme zu unterstützen“. Dabei hat sie neben Nordafrika einen zweiten „Schwerpunktbereich“ in Westafrika identifiziert und Missionen in die „Schlüsselländer in Westafrika (z.B. Mauretanien, Mali, Senegal)“ entsandt,⁵⁶ wo sie ein Netzwerk an „Verbindungsbeamten“ aufbaute. Auch die Zusammenarbeit im Rahmen des Cotonou-Abkommens führte zunächst lediglich zu Kooperationsgesprächen mit der ECOWAS, Kap Verde, Ghana, Mauretanien, Senegal und Äthiopien und weisen somit einen deutlichen Schwerpunkt in Westafrika auf.⁵⁷ Wichtigstes Finanzierungsinstrument für Maßnahmen in Drittstaaten zur Bekämpfung der illegalen Migration ist das AENEAS-Programm, in dessen Rahmen zwischen 2004 und 2006 120 Mio. Euro bereitgestellt wurden, für den Zeitraum 2007 bis 2010 sind weitere 205 Mio. Euro vorgesehen. AENEAS finanzierte unter anderem eine Beobachtungsstelle Migration in Westafrika und zwei Gemeinschaftsprojekte des UN-Büros für Drogen- und Verbrechenbekämpfung und Europol, die darauf abzielten, „die Möglichkeiten der Justiz und der Strafverfolgungsbehörden aller nord- und westafrikanischen Staaten zu verbessern, um Menschenhandel und -schmuggel zu verhindern und zu bekämpfen“.⁵⁸

2006 begann die Europäische Grenzschutzagentur FRONTEX ihre Mission Hera auf den Kanaren, deren Ziel es war, die Migration von Westafrika auf die Kanaren einzudämmen. Nachdem die Agentur sich zunächst darauf konzentrierte, angelandete Migran-

Innen zu befragen, gab sie ihre so gewonnenen Informationen an die westafrikanischen Behörden weiter, was nach Selbstdarstellung der Agentur zu zahlreichen Verhaftungen von Schleusern durch die westafrikanischen Polizeien geführt hat.⁵⁹ Später ging FRONTEX dazu über, gemeinsam mit Sicherheitsbeamten Mauretaniens, Senegals und Kap Verdes Einsätze in den westafrikanischen Küstengewässern durchzuführen und MigrantInnen bereits in diesen zur Umkehr zu bewegen oder am Ablegen zu behindern. Die Zusammenarbeit mit der Militärregierung in Mauretanien wurde ungeachtet der Tatsache fortgeführt, dass diese 2008 durch einen weiteren Militärputsch abgesetzt wurde. FRONTEX griff bei diesen Einsätzen in westafrikanischen Gewässern auf Aufklärungsdaten des EU Satellite Centre zurück - einer Einrichtung im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) - , das laut Arbeitsbericht 2006 im Auftrag der Agentur die westafrikanische Küste überwachte „um mögliche Einrichtungen für den Bau von Schiffen zu erfassen sowie alle weiteren Objekte, die mit der Bewegung illegaler Migranten in Verbindung stehen könnten“.⁶⁰ Spanien hat parallel hierzu seine Zusammenarbeit mit den westafrikanischen Behörden ebenfalls ausgebaut. Im Rahmen des ebenfalls von AENEAS querfinanzierten Projektes SEAHORSE führt Spanien zahlreiche Seminare und Lehrgänge für westafrikanische Küstenwachen, Gendarmerie- und Grenzschutzeinheiten durch und hat es die Rüstungsfirma INDRA beauftragt, Technologien zu entwickeln, die es ermöglichen, bestimmte Daten von europäischen und spanischen Satelliten und sonstigen Aufklärungsinstrumenten (Drohnen, SIVE) an westafrikanische Sicherheitskräfte weiterzugeben.⁶¹ Spanien bemühte sich zudem in Zusammenarbeit mit Europol und der International Labour Organization (ILO), westafrikanischen Behörden Zugang zum ICONet zu verschaffen, über das EU-Behörden (darunter auch Geheimdienste) mit den Behörden der Mitgliedstaaten Informationen über Migrationsrouten, im Umlauf befindliche Dokumente, Schleppernetzwerke usw. austauschen. Im Rahmen des SEAHORSE-Projekts veranstaltete Spanien auf Gran Canaria im Oktober 2007 die zweite Euro-Afrikanische Polizeikonferenz über illegale Migration.

Die Abschottungsmaßnahmen der EU führen unweigerlich zu offiziellen und informellen Lagern für „gestrandete“ TransitmigrantInnen in den afrikanischen „Partnerstaaten“. Viele dieser Lager werden mit Hilfe der EU-Mitgliedstaaten errichtet oder finanziert etwa durch Italien in der libyschen Wüste, oder durch Spanien in Marokko und Mauretanien.⁶² Im Frühjahr 2007 bewachten in der mauretanischen Hafenstadt Nouadhibou spanische Polizisten höchstpersönlich ein temporäres Lager, in dem abgefangene Flüchtlinge eingepfercht wurden.

Während es in Westafrika von Sicherheitskräften nur so wimmelt und diese eine der größten Bedrohungen für die Zivilbevölkerung darstellen, kann von Struktureller Stabilität keine Rede sein. Im Gegenteil trägt die Europäische Wirtschafts- und Handelspolitik massiv zur Verarmung weiter Teile der Bevölkerung bei und erhöht damit das Konfliktrisiko. Um dennoch ein Mindestmaß an Stabilität in der Region aufrecht zu erhalten, setzt sie auf die bestehenden staatlichen Strukturen und stärkt trotz der Menschenrechtsverletzungen, für die diese verantwortlich sind, deren Repressionsorgane. Durch die Entsendung von Militärberatern, Aufbau und Ausbildung von Polizei- und Militäreinheiten stärkt sie nicht nur die jeweiligen Regime für ihren kontinuierlichen Bürgerkrieg niederer Intensität, sondern macht die EU diese auch von sich abhängig. Nach dem Vorbild der französischen Afrikapolitik, dem die EU aufgrund ihrer vage formulierten Strategie eher unfreiwillig folgt, hält sie mit ihren Battlegroups aber auch Kapazitäten bereit, mit denen sie kurzfristig intervenieren und als Zünglein an der Waage in kritischen Situationen ihren Verbündeten zum kurzfristigen Sieg verhelfen kann. Für die mittelfristige Stabilisierung im Falle größerer Konflikte, die

erfahrungsgemäß verlustreich und wenig erfolgreich ablaufen, will sie keine eigenen Kapazitäten bereitstellen. Stattdessen hat sie die AU und die ECOWAS militarisiert und zu Söldnerorganisationen degradiert, die solche Einsätze kostengünstiger nach europäischen Vorgaben erfüllen, ohne dass die EU politisch die Verantwortung für deren Scheitern übernehmen müsste.

Anmerkungen

1 Commission of the European Communities, The European Union and the Issue of Conflicts in Africa: Peace-Building, Conflict Prevention and Beyond.

2 Ebd.

3 Alexandra Krause: Die EU als internationaler Akteur in Afrika, in: Afrika, Aus Politik und Zeitgeschichte (B 13-14/2002).

4 Ebd.

5 Eurostat: Fishery Statistics - Data 1990-2006, Eurostat Pocketbooks 2007 Edition.

6 Europäische Kommission: Der Fischereisektor in der Europäischen Union, http://ec.europa.eu/fisheries/cfp/fisheries_sector_de.htm (23.3.2009)!

7 Germanwatch: Die europäische Fischereipolitik gefährdet die Lebensgrundlage westafrikanischer Fischer, <http://www.germanwatch.org/tw/fisch.htm> (23.3.2009).

8 „EU-Fangflotten fischen Gewässer in Westafrika leer“, Pressemitteilung des WWF vom 28.6.2002.

9 Germanwatch, a.a.O.

10 Juliette Hallaire: „L'émigration irrégulière vers l'Union européenne au départ des côtes sénégalaises“, vgl: Europäisches Parlament: Entwurf eines Berichts über Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung und die Auswirkungen der Ausbeutung bestimmter biologischer natürlicher Ressourcen durch die EU auf die Entwicklung in Westafrika (2007/2183(INI)).

11 OECD: Fishing for Coherence in West Africa - Policy Coherence in the Fisheries Sector in Seven West African Countries, The Development Dimension Series (2007).

12 Zu nennen wäre hier v.a. die Mauretanischen Vereinigung für Menschenrechte (AMDH) und deren Generalsekretär Amadou M'Bow, siehe eindrucksvoll: medico international: Die Verdammten der Globalisierung, medico Rundschreiben 04/2007.

13 John Kurien: Responsible fish trade and food security, FAO Fisheries Technical Paper No. 456, Rom 2005.

14 Dies geschieht u.a. im Rahmen des Sea Horse-Programms des spanischen Innenministeriums, das vom AENEAS-Programm der EU finanziell unterstützt wird.

15 FAO: Tropical Forestry Action Plan, Rom 1985.

16 Frithjof Schmidt und Janna Schönfeld: Die Ausplünderung Westafrikas, in: E+Z 5/2008.

17 Klaus D. Loetzer: Von der Pariser Erklärung 2005 zum High Level Forum von Accra 2008, Auslandsinformationen der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., November 2008.

18 Armin Paasch: Verheerende Fluten - politisch gemacht. EU-Handelspolitik verletzt Recht auf Nahrung in Ghana - Die Beispiele Hühnchen und Tomaten, FIAN, Germanwatch, Both Ends und UK Food Group, 2008.

19 Judith Raupp: Tödliche Tomaten und billige Hähnchen, sueddeutsche.de vom 18.4.2008.

20 Marie V. Gibert: Monitoring a region in crisis: the European Union in West Africa, EU-ISS Chaillot Paper No. 96, 2007.

21 UN: UN Missions Summary of Military and Police, Februar 2009.

22 <http://www.capitalethiopia.com/archive/2009/January/week3/interview.htm>.

23 Cairo Declaration: Africa-Europe Summit Under the ÆGIS of the OAU and the EU, Cairo, 3.-4. April 2000. Der hohe Stellenwert, den für die EU Themen der Sicherheit in diesem Dialog einnehmen, zeigt sich u.a. in dem Bericht der Präsidentschaft an den Rat vom 18.6.2002 "Implementation of the EU Programme for the Prevention of Violent Conflicts".

24 Tim Murithi: The African Union's Transition from Non-Intervention to Non-Indifference - An Ad Hoc Approach to the Responsibility to Protect?, Internationale Politik und Gesellschaft 1/2009. Siehe auch: Christoph Marischka: AU wird mobilisiert, in: AUSDRUCK (April 2007).

25 Report of the Africa-Europe Ministerial Meeting in Ouagadougou, Burkina Faso, 28 November 2002.

26 Statement by Maxwell Mkwezalamba, Commissioner for Economic Affairs (AU) on the Occasion of the Opening of the Meeting of Governmental Experts on alternative Sources of Financing the African Union, www.african-union.org (26.3.2009).

27 Jakkie Cilliers: The African Standby Force - An update on progress, ISS Paper 160, 2008.

28 "ECOWAS in Brief" auf www.ecowas.int (27.3.2009).

29 Marie V. Giebert, a.a.O.

30 Bastien Nivet: Security by Proxy? The EU and (sub-)regional organisations - the case of ECOWAS, ISS Occasional Paper no. 63, 2006.

31 European Union/ECOWAS: First Ministerial Meeting Final Communiqué.

32 Bastien Nivet, a.a.O.

33 "ECOWAS Mission in Cote d' Ivoire - Partnerships for Peace", Rede von Abdoulaye Fall auf der Konferenz "Development Policy and the Armed Forces", ausgerichtet von der Inwent gGmbH. am 14. und 15.9.2004.

34 Daraufhin kam es zu anti-französischen Demonstrationen, auf welche französische Soldaten das Feuer eröffneten und zahlreiche ZivilistInnen töteten und verletzten. Eine sehr genaue Erörterung der sehr unterschiedlichen Berichte über diese Vorfälle legte Amnesty International USA vor: Cote d'Ivoire - Clashes between peacekeeping forces and civilians: lessons for the future, <http://www.amnestyusa.org/document.php?id=ENGAFR310052006> (27.3.2009).

35 „ECOWAS Mission in Cote d' Ivoire - Partnerships for Peace“, Rede von Abdoulaye Fall, a.a.O.

36 "A completely different atmosphere in Liberia", Interview mit Hans Dahlgren, www.asiantribune.com (27.3.2009).

37 ECOWAS-EU-UNOWA Framework of Action for Peace and Security

38 United Nations Office for West Africa (UNOWA): "Background", www.un.org/unowa/ (27.03.2009).

39 Wolf Kinzel: Afrikanische Sicherheitsarchitektur - ein aktueller Überblick, GIGA-Focus 1/2007.

40 Die NATO hat bereits 2005 für die AU-Mission im Sudan logistische Aufgaben übernommen. Said Djinnit, Leiter des UN-Büros für Westafrika und Beauftragter der AU für Frieden und Sicherheit, besuchte 2007 das NATO Hauptquartier, sprach sich "aufbauend auf der guten Zusammenarbeit" zwischen der NATO und der AU im Sudan für eine engere Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen aus und bat um mehr logistische Unterstützung sowie beim Aufbau der African Standby Force. Vgl. "Interview with the African Union Commissioner for Peace and Security, Ambassador Said Djinnit", www.nato.int (27.03.2009).

41 Wolf Kinzel, a.a.O.

42 Bastien Nivet, a.a.O.

43 Stefan Mair, Denis M. Tull: Deutsche Afrikapolitik - Eckpunkte einer strategischen Neuausrichtung, SWP-Studie, S.10, März 2009.

44 Stefanie Flechtner: Hauptsache im Einsatz? Zur Konzeption der europäischen Sicherheitspolitik, Friedrich Ebert Stiftung, Internationale Politikanalyse Frieden und Sicherheit, Juni 2006.

45 Stefan Brüne: Noch das alte oder schon das neue Europa? Die autonomen Militärmissionen der EU in Afrika - eine erste Bilanz, in: Heinz-Gerhard Justenhoven, Hans-Georg Ehrhart (Hrsg.): Intervention im Kongo - Eine kritische Analyse der Befriedungspolitik von UN und EU, Kohl-

hammer Verlag 2008. Sowie: Damien Helly: Crisis in Chad: implications for the EU, EUISS-Analysis, Februar 2008. Zur Eskalation in Folge des EUFOR-Einsatzes: Christoph Marischka: Tschad - Die EUFOR als Brandbeschleuniger, in: AUSDRUCK (August 2008).

46 Diese Angaben stammen vom Chef der französischen Streitkräfte, Jean-Louis Georgelin, in einem Interview mit der äthiopischen Wirtschaftszeitung Capital anlässlich seines Besuches bei der Kommission der Afrikanischen Union im Januar 2009: Strength in Security, Interview with General Jean-Louis Georgelin, www.capitalethiopia.com.

47 Zit. nach: Christoph Marischka: Die Sicherheitsarchitektur der Rohstoffausbeutung, Informationsstelle Militarisierung, IMI-Standpunkt 2007/074.

48 So jedenfalls die Eigendarstellung des RECAMP-Programmes auf der Homepage der UN: http://www.un.int/france/frame_anglais/france_and_un/france_and_peacekeeping/recamp_eng.htm (9.4.2009).

49 Nach Angaben des US State Department haben alleine die USA im Rahmen dieser Initiative bis Juli 2009 sogar 81.000 Soldaten aus Drittstaaten für Peacekeeping ausgebildet, siehe: "U.S. Department of State Surpasses Target of 75,000 Trained Peacekeepers by 2010", www.state.gov (4.9.2009).

50 G-8 Action Plan: Expanding global Capability for Peace Support Operations.

51 „Activities“, coespu.carabinieri.it (9.4.2009).

52 Michael Dziejic and Col. Christine Stark: Bridging the Public Security Gap - The Role of the Center of Excellence for Stability Police Units (CoESPU) in Contemporary Peace Operations, US Institute of Peace Briefing, June 2006

53 European Monitoring Centre for Drugs and Drug Addiction (EMCDDA): State of the drugs problem in Europe 2008, www.emcdda.europa.eu (10.3.2009).

54 US Department of State: International Narcotics Control Strategy Report 2008, <http://www.state.gov>.

55 Christoph Marischka: Weltherrschaft durch die Kontrolle von Strömen, IMI-Analyse 2009/001, in: IMI/DFG-VK: Kein Frieden mit der NATO, 2009.

56 Kommission der EG: Strategiepapier für das Thematische Programm zur Zusammenarbeit mit Drittländern in den Bereichen Migration und Asyl 2007-2010.

57 Kommission der EG: Interim progress report on the Global Approach to Migration (COM (2007) 780 final).

58 Ebd.

59 "Canary Islands - Hera", www.frontex.europa.eu (10.4.2009).

60 EUSC Annual Report 2006, sowie: Christoph Marischka: Frontex - Im Netz des EU-Sicherheitssektors, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie: Jahrbuch 2009, Westfälisches Dampfboot 2009.

61 Christoph Marischka: Weltherrschaft durch die Kontrolle von Strömen, IMI-Analyse 2009/001, in: IMI/DFG-VK: Kein Frieden mit der NATO, 2009.

62 Cornelia Gunßer: Der europäische Krieg gegen Flüchtlinge - Flüchtlingsabwehr und Lagerpläne der EU, Flüchtlingsrat Hamburg 2006.

Information

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer ist: 1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20)

Adresse:

Informationsstelle Militarisierung e.V.

Hechingerstr. 203

72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: imi@imi-online.de

web: www.imi-online.de

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. wieder.

